

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 16. Oktober 1931 Nummer 170

Wichtige Anklagerede des Genossen Remmele:

Gegen Brüning, Wels, Hitler!

Proletarische Abrechnung im Reichstag / Die SPD unterstützt auch die zweite Brüning-Croener-Diktaturregierung / Schafft die rote Einheitsfront gegen Lohnraub und Faschismus!

Berlin, 15. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Im Reichstag begann heute die Generaldebatte über die Regierungserklärung, mit der die Mißtrauensanträge der Kommunisten und rund 150 weitere Anträge zur Notverordnung etc. verbunden sind. Das Reichstagsgebäude ist wieder mit starken Polizeikräften besetzt und die weite Umgebung abgesperrt. Die Tribünen sind voll besetzt.

Als erster spricht für die Sozialdemokratie Abg. Breitheid. Wie zu erwarten, erklärte er die Bereitschaft der SPD auch das zweite Brüning-Kabinett zu stützen und die Mißtrauensanträge gegen die Regierung abzulehnen. Der Sprecher der sozialdemokratischen Partei findet keine Worte für die ungeheure Not des werktätigen Volkes, kein Wort über die Schädigung der Verfassung durch die Notverordnungen. Er verteidigt die Politik Brünings wärmer als es Brüning gestern selbst tat.

Für die Nationalsozialisten spricht Dr. Frick. Von den Kommunisten mit dem Jurost empfangen: „Erfüllungsmiester Frick“, was der von ihm verteilten Erklärung ist interessant, daß er die Bereitschaft der NSDAP zur Verständigung mit Frankreich erklärt. Dr. Frick und die gesamte nationalsozialistische Fraktion betonen sich im übrigen sehr zahn, man spürt den immer stärkeren Drang zur Legalität und der Futterstückenpolitik.

Den Mittelpunkt der heutigen Tagung bildet die grohangelegte wichtige Anklagerede unseres

Genosse Remmele

Die kommunistische Reichstagsfraktion legt im Namen der kommunistischen Partei und des revolutionären Proletariats dem zweiten Kabinett Brüning den schärfsten Kampf an. (Wort des Genossen Remmele.) Wenn das erste Kabinett Brüning 16 Monate bestanden hat, so ist heute schon klar, daß das zweite Kabinett Brüning nicht so eine lange Lebensdauer haben wird. Das erste Kabinett Brüning war die Regierung zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur, das zweite Kabinett Brüning aber wird die unmittelbare Vorstufe für die faschistische Diktatur in Deutschland sein.

Wir haben gestern und heute sozulegen schon drei Ministerreden gehört, zunächst die Rede eines Ministers, der augenblicklich praktisch noch Minister ist, wie lange noch, weiß er selbst nicht, zweitens die Rede eines Ministerkandidaten, der bisher immer Ministerkandidat gewesen ist und wahrscheinlich die Gelegenheit verpaßt hat, nämlich des Herrn Breitscheid (Heiterkeit und Rufe bei den Komm. „Sehr gut!“), drittens die Rede des Herrn Frick, der der kommende Minister werden will. Außer der allgemeinen Schaumblase einiger Gegensätzlichkeiten waren alle drei Ministerreden auf denselben Ton abgestimmt: Den Kampf gegen den Bolschewismus, gegen den Kommunismus u. s. w. Der ganze Streit geht nur um die Frage, wer das besser fertig bringt.

Herr Brüning stellte den bewährten Wirtschaftsführer vor. Es ist ausgerechnet einer derjenigen, die in ihren eigenen Betrieben bereits Bankrott gemacht haben (Sehr richtig h. d. Komm.) Sie sollen jetzt auch noch das Staatsgeschäft vollkommen kaputt machen. Das sind die Wirtschaftsführer von denen das ganze deutsche Volk weiß, daß es aus dem Elend keinen Ausweg geben wird, solange diese Wirtschaftsführer nicht in den Herd geschoben werden. Es sind die Wirtschaftsführer, die Deutschland an den Rand des Bankrottes gebracht haben, die die ungeheuerliche Politik verhängen, die heute auf Kosten der Arbeiterklasse und des Mittelstandes in Form einer gigantischen Ausplünderung durchgeführt wird.

Die andere Seite des Regierungsprogrammes besteht darin, daß die Staatsmacht in die Hand eines Mannes gelegt wird, der sowohl die Reichswacht sowie die Polizei kommandiert. Dieser Rettungsversuch zeigt nicht von einer Stärke der Staatsmacht, sondern lediglich davon, daß sich die Staatsmacht selbst bankrott fühlt. (Sehr wahr! h. d. Komm.)

Herr Croener ist kein unbekanntes Blatt. Er ist der Arbeiterklasse vom Ende der Kriegszeit her wohl bekannt. Seine Aufgabe soll es sein, durch Polizeimacht und Wehrmacht die famelenden Streiks zu unterdrücken. Es handelt sich um eine Fortsetzung der Politik der Willkürherrschaft für die bankrotte Industrie, der Bajonette und Maschinengewehre für das hungernde Volk.

In Dresden hat man einen Führer der Infanterieschule wegen kommunistischer Propaganda verhaftet. Man hat festgestellt, daß die Träger des Rechtsinstruments, mit dem die Bour-

geoisie hofft, das Proletariat niederzuwerfen zu können, sich im entscheidenden Augenblick nicht mißbrauchen lassen werden. (Lebhafte Beifall h. d. Komm.)

Im Fernen Osten tobt die Kriegsszenerie. Japan verläßt die Chinesische Eisenbahn, Eigentum Chinas und der Sowjetunion, und die Mandchurie zu belegen. Der Völkerbund rüht keinen Finger. (Sehr wahr! h. d. Komm.) Der Völker-

bund ist das Zentrum für das Niederringen des Weltfriedens. Wir protestieren und erheben erneut die Forderung, Deutschland hat aus dem Völkerbund auszutreten.

Herr Brüning sprach über die Wirtschaftspolitik. Und ist hier ganz offen geworden. Er entwickelte das Programm, das darauf hinausläuft, in Deutschland den großen Gegensatz zwischen Reich und Arm noch gewaltiger aufzureißen. Seine Wirtschafts-

Streik der Seeleute verschärft!

Polizei befehlt den Internationalen Seemannsklub / 15 Seeleute verhaftet

Moskau, 15. Oktober.

In einer Sitzungsverammlung der Seeleute, die in Moskau tagte, wurde über die Streiklage Bericht gegeben, von dem wir folgendes wiedergeben:

Am 11. Oktober waren in deutschen Häfen 92 Schiffe, in ausländischen Häfen 70 Schiffe an der Aktion beteiligt. Die Zahl ist noch etwas höher, da nicht über alle an der Aktion beteiligten Schiffe Meldungen vorliegen. In Hamburg übernimmt der Einheitsverband für eine große Anzahl Seeleute, die unter Anklage gestellt wurden, die Vertretung ihrer Interessen. Die ISB verpflegt die streikenden Seeleute die von der Polizei von Bord geholt wurden und legt für Quartiere.

In Stettin ist es der Streikleitung gelungen, auf einer Reihe von Schiffen, eine einheitliche Front zusammenzubringen, an der sich unorganisierte, christliche und Mitglieder des reformistischen Verbandes beteiligen. In Rendsburg ist der Dampfer „Anran“ in Streik getreten. Die Hafenarbeiter erklärten sich solidarisch und verweigerten die Bearbeitung des Schiffes. In Lübeck sind acht Schiffe am Streik beteiligt, der Senat hat alle Demonstrationen und Ansammlungen verboten. Von den Weichsel-Hafenarbeitern befinden sich über 300 im Solidaritätsstreik. In Bremerhaven ist der Dampfer „Gotha“ stillgelegt worden. In der Heuerstelle wird nicht mehr vermittelt.

Die Hafenarbeiter von London und Liverpool haben sich mit den streikenden deutschen Seeleuten solidarisch erklärt, die deutschen Schiffe werden nicht bearbeitet. In der Sow-

jetunion liegen sämtliche deutsche Schiffe still. Von Odessa ist der Dampfer „Amant“ ohne Erlaubnis des Hafenaufsehers in See gegangen. An Bord befinden sich nur der Kapitän und die Offiziere.

In Antwerpen streifen die Dampfer „Triton“ und „Arctus“. Es wurde beschlossen, alle deutschen Schiffe zu kappen. In Rotterdam sind 17 Schiffe beteiligt, die Bewohner des Seemannshelms und der Feuerstelle erklärten sich solidarisch. In Kopenhagen hat eine Versammlung der Besatzungen von 10 deutschen Schiffen beschlossen, den Streik aufzunehmen und alle deutschen Schiffe stillzulegen.

Am 12. Oktober wurde der Internationale Seemannsklub, Hamburg, Rottebühnenstraße, von einem riesigen Aufgebot der Schönlender-Polizei befehlt. Vier Ueberfallwagen fuhrten vor, alle angrenzenden Straßen wurden von dem Polizeikommando abgesperrt. Die Polizei drang in das Lokal ein, das um diese Zeit gerade voll besetzt ist, weil sehr viele Seeleute dort ihr Mittagessen einnehmen und erklärte sämtliche Anwesende für verhaftet. Etwa 75 Leute wurden zum Stadthaus transportiert. Das ganze Gebäude wurde von oben bis unten durchsucht. Gesunden wurde feststellend nichts. Es handelt sich hier um ein vollkommen überparteiliches Lokal, das vor allem den Hamburger und ausländischen Seeleuten Auswechslung bietet will. Die Durchsuchung wurde unter dem Vorwand „einer geheimen Sitzung“ durchgeführt. Während des Abtransportes kam es zu spontanen Kundgebungen der Arbeiter, die sich inzwischen angesammelt hatten.

Hindenburg-Arbeitsgemeinschaft

SPD-Bachem mit Scharmacher Schmitz (IG-Farben) in einer Front

Die neue Arbeitsgemeinschaft zwischen den Führern der Lohnabbaugewerkschaften und den Unternehmerverbänden wird nun in der Weise gebildet, daß ein Wirtschaftsbeirat gegründet wird. Brüning hat in seiner Regierungserklärung die Schaffung dieses Wirtschaftsbeirates angeordnet. Der Reichspräsident Hindenburg hat nun in einem Brief an Brüning formell diesen

Vorschlag gemacht und sogar erklärt, daß er bei wichtigen Verhandlungspunkten selbst den Vorschlag übernehmen wolle.

Wie verlautet, werden dem Wirtschaftsbeirat u. a. angehören: Geheimrat Schmitz (IG-Farben) und Dr. Paul Silberberg, ferner von den Gewerkschaften Geheimrat Bachem (Arbeiterbank). Diese Herren sollen bereits ihr Einverständnis gegeben haben. Weiter wird verlautet, daß für die laufenden Beratungen an Stelle des Reichspräsidenten und in diesem Auftrag entweder Reichswirtschaftsminister Warndorff oder der Staatssekretär Trendelenburg in Aussicht genommen ist.

In dieser Form wird also die Arbeitsgemeinschaft zwischen Scharmachern und SPD durchgeführt. Der nächste Plan dieses Wirtschaftsbeirates ist die Durchführung eines allgemeinen Lohnabbaues. Die Unternehmer fordern einen Abbau von 20 bis 25 Prozent.

Da der Angriff der Unternehmer schon in den nächsten Tagen mit voller Wucht einsetzt, ist es notwendig, auf der Grundlage der Einheitsfront in jedem Betrieb vorbereitende Kampfausschlüsse zu wählen, um unter Führung der KPD den Kampf gegen den Lohnabbau aufzunehmen.

Plauen, 14. Oktober. Am Dienstagvormittag wurde auf Anordnung der Polizeidirektion eine Durchsuchung der Räume des Sekretariats der kommunistischen Partei vorgenommen. Dabei wurde eine größere Anzahl Personen, die sich in der Geschäftsstelle aufhielten, zum Zwecke der Namensfeststellung zur Hauptwache gebracht.

Massenmeetings gegen Kriegsgefahr

Es werden sprechen die Genossin Devoyens, Paris, Genosse Fong Keng, Mandchurie

Außerdem werden von der UB-Leitung der Kommunistischen Partei die Genossen M. Schneider und Buchendahl sprechen. Die Versammlungen werden vorbehaltlich der polizeilichen Genehmigung in folgenden Orten stattfinden:

- 16. Oktober in Dresden, Blumensäule und Keglerheim.
- 17. Oktober in Großräscherdorf.
- 18. Oktober in Meißen und Pirna.

Thema in allen Versammlungen: „Weltkatastrophe des Kapitalismus und wachsende Kriegsgefahr“